

Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po (www.eiiw.eu) welfens@eiiw.uni-wuppertal.de
www.eiiw.eu **EIIW 2015 = 20 Jahre preisgekrönte Forschung**



PR24.11.2014

*** Anti-Krisen-Politik in EU – auch in Frankreich - verpasst bisher Innovationsaufgabe
* Mit vernünftig fokussierten Reformen gegen Stagnation in Europa**

Die von den USA ausgehende Transatlantische Bankenkrise, angereichert um eigene nationale Politikfehler in UK, Irland, Spanien, Portugal, Griechenland und Zypern, hat in der EU nach 2008 zu einer Minderversorgung der mittelständischen Wirtschaft mit Krediten und zeitweise schwachem Investitionswachstum geführt; verschärft noch im Kontext der Eurokrise 2010-2014. **Mittelfristig drohen Stagnation und Deflation, und zwar nicht nur in Euro-Krisenländern und Frankreich, sondern auch in Deutschland.** Die Vorstellung mancher Zeitgenossen, Deutschland könne sich bei durchhängender Konjunktur in den Euro-Partnerländern trotzdem stabil mit einem realen Wirtschaftswachstum von 1.5% oder mehr präsentieren, ist Wunschdenken. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Wachstumsschwäche der Partnerländer und nationale Fehler der Wirtschaftspolitik zu ernststen Problemen in Deutschland führen. In der Politik meint mancher, Aktionismus könne Probleme lösen. Auf welche Reformen kommt es jenseits von Arbeitsmarktreformen in Frankreich, Italien und anderen Ländern nun wirklich an?

Die Bankenkrise und die Eurokrise haben zur Wachstumsschwäche der Eurozone beigetragen, aber es gibt ein wesentliches Zusatzmoment, das völlig übersehen wird: **Eine Vielzahl von EU-Ländern ist bei der Globalisierung, die ja im Hintergrund aller Krisen weiter voranschreitet, im Innovationswettbewerb zurückgefallen.** Italien hat in einer Dekade einen Rückgang der Industrie an der Wertschöpfung um 10 Prozentpunkte erlitten, wozu hohe Lohnstückkosten nur teilweise beigetragen haben. **In Frankreich hat der Rückgang des Industrieanteils immerhin noch 5 Prozentpunkte erreicht, wobei der Anteil der Ausgaben für Forschung & Entwicklung am BIP über mehr als eine Dekade bei 2,3% fast konstant geblieben ist.** 2016 dürfte China Frankreich bei der F&E-Quote überholen, **gegenüber Italien und Spanien beträgt Chinas Vorsprung fast einen Prozentpunkt.** Also ist es kein Wunder, dass der Exportanstieg der Eurozone nach 2008 relativ schwach gewesen ist. Deutschland ist eine positive Ausnahme, allerdings hat hier die F&E-Quote von rund 2% in 1994 auf fast 3% in 2013 zugenommen. **Frankreich und viele andere EU-Länder brauchen vor allem eine bessere, verstärkte Innovationspolitik.**

Das von der Juncker-Kommission Ende November 2014 vorgelegte 300 Mrd. €-Programm für mehr öffentliche und private Investitionen ist als Expansionsimpuls für die Wirtschaft durchaus löblich, **auch wenn ein Innovationsfokus bislang noch fehlt.** Wenn der Staat 100 Mrd. € über drei Jahre bei den öffentlichen Investitionen zusätzlich zur Verfügung stellt, so lässt diese über drei Jahre aufgesetzte Maßnahme einen Multiplikatoreffekt von etwa 150-200 Mrd. € erwarten. Das sind 2% Zuwachs beim realen Bruttoinlandsprodukt über drei Jahre; allerdings hängen die Effekte tatsächlich sehr stark von der Struktur der „investiven öffentlichen Ausgaben“ ab. Damit hätte man etwa 1/5 des kumulierten Wachstumsrückstandes gegenüber den USA in 2008-15 aufgeholt. Dieser Impuls wäre allerdings viel geringer bzw. nur halb so hoch wie angegeben, wenn man 100 Mrd. erhöhte nationale Investitionsausgaben vollständig durch Umschichtung von konsumtiven zu investiven Staatsausgaben finanzierte. **Das spricht nicht gegen höhere Investitionen, aber soll aufmerksam machen auf die Begrenzung der zu erwartenden Wachstumseffekte.** Der Staat sollte zur Begrenzung der Defizite die Möglichkeiten zur Mobilisierung von Partnerschaften mit Privaten nutzen; bei PPP-Investitionsprojekten können Versicherungen u.a. Risiken sinnvoll mittragen.

In den USA hat man nicht nur ein Weniger an Bankenproblemen nach einigen Jahren Reformen verzeichnet, die Vereinigten Staat sind auch zum Mekka der Investoren im Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) geworden, die für Wirtschaftswachstum sehr wichtig ist. Schon 2007 lag der Anteil der realen IKT-Investitionen der USA rund 3 Prozentpunkte höher als in Deutschland. Letzteres hat sich relativ gut positioniert, denn die reale Investitionsquote bei IKT ist von 1,9% in 1995 auf 8,1% in 2007 und ca. 14% in 2014 gestiegen; der Kapitalgüterpreisindex für IKT-Investitionsgüter fiel von 100 in 1995 auf 25 in 2007, was schon vor der Krise die Rolle nominal steigender IKT-Investitionen zeigt. [Italiens Stagnation hängt wiederum z.T. an einer geringen IKT-Investitionsquote – Japans Stagnation noch mehr an dieser Schwäche.](#)

Höhere staatliche Investitionen können einige Impulse für die Wirtschaftsexpansion geben, aber eine ursachenadäquate Maßnahme für das jeweilige Land hat man damit noch nicht. Frankreich, Italien und Spanien brauchen vor allem eine Verbesserung ihres Innovationssystems und eine höhere Relation von Ausgaben für Forschung & Entwicklung zum Bruttoinlandsprodukt – mit einem Hauptfokus auf F&E-Investitionen des privaten Sektors. Hier ist in Frankreich und Italien der sehr hohe Anteil der kleinen Unternehmen an der Wertschöpfung – viel höher als in Deutschland – hinderlich; es fehlt in diesen Ländern erkennbar an innovationsstarken größeren mittelständischen Unternehmen und das Ausmaß technologieorientierter Gründerdynamik ist gering.

Innovationsdynamik ist eine Teilbasis von Wirtschaftswachstum. [Die Diffusionsdynamik ist ein weiteres wichtiges Element und hier liegen viele EU-Länder aus Mangel an Wettbewerbsdynamik](#) – oft vor allem infolge hoher Markteintrittsbarrieren – hinter den USA. [Der Staat soll hier nicht nur die Rahmenbedingungen, sondern auch die Infrastrukturbasis für schnellere und bessere Diffusion gerade im Breitbandbereich verbessern.](#) In Deutschland etwa drängt die Regierung die Deutsche Telekom AG, verstärkt ins Breitbandnetz, und zwar gerade auf dem Lande, zu investieren; schließlich ist ja der Staat auch noch der Haupteigentümer des Unternehmens. Das aber ist ein doppelter Fehler, da man erstens so nicht die kostengünstigste flächendeckende Breitbandversorgung erhält, die sich eben einfach über einen subventionsminimalen Ausschreibungswettbewerb realisieren lässt; so drückt man auch nicht künstlich die Unternehmensgewinne der Deutschen Telekom AG und damit den Kurs dieser Volksaktie. Allerdings muss der Staat dann auch die notwendigen Subventionen für die volle regionale Breitbandversorgung in einer Schätz-Höhe von etwa 0.5% des Bruttoinlandsproduktes einmalig bereit stellen – Ausgaben, die über die erzeugten Wachstumsimpulse dieser „politischen Investitionen“ in wenigen Jahren über höhere Steuereinnahmen zurückfließen. [Dass man bei der Telekomregulierung in der EU stärker auf Regulierungsabbau setzen und damit die Marktintegration und die digitale Innovations- und Diffusionsdynamik in Europa stärken sollte, ist ohnehin offenkundig.](#)

Zu den sehr wichtigen Fragen der Wachstumserhöhung [gehört in den EU-Ländern die nach einer stärkeren Rolle von preiswerteren und innovativen Dienstleistungen.](#) In der Politik ist die Begeisterung für eine große Rolle der Industrie erkennbar hoch, aber es ist unverändert richtig, dass über 2/3 der Wertschöpfung im Dienstleistungssektor erfolgen, wobei etwa die Hälfte davon Vorleistungen für oder Nach-Verkauf-Dienste in der Industrie sind. [Für Deutschland zeigt sich in neueren Analysen, dass mehr Importkonkurrenz und Auslandsinvestoren zu mehr Innovations- und Wachstumsdynamik führen; eHealth, Smart Grid, Bildungsmodernisierung, schnellere digitale Dienste, bessere Innovationsförderung sind nötig.](#) Die Defizite der Reformagenda sind deutlich, koordinierte Reformpolitik der großen EU-Länder ist für alle wichtig: auch Deutschland. [In 2015 ist Steuersenkung angebracht – bis nötige neue Innovationspakete wirken. Die EZB soll die Wachstumsrate der Geldmenge steigern, sonst kommt Deflation.](#)